

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten
Damen und Herren Stadtverordnete,
liebe Gäste der Stadtverordnetenversammlung,

Es war einmal ein kleines Mädchen, das war so arm, dass es gar nichts mehr hatte, als die Kleider auf dem Leib. Nachdem es auch noch sein letztes Hemd verschenkt hatte, und mittellos im Wald stand wendete sich jedoch sein Schicksal.

Das Ende des Märchens "STERNTALER" der Brüder Grimm, dürfte Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, bekannt sein.

"Und wie das Mädchen so stand und gar nichts mehr hatte, fielen auf einmal die Sterne vom Himmel und waren lauter blanke Taler."

Die Einbringung eines städtischen Haushalts ist jedoch keine Märchenstunde. Wäre sie es, würde ich Ihnen heute erzählen, dass wir, dass die Stadt Lüdinghausen in Bezug auf alle 396 Städte und Gemeinden im Lande Nordrhein - Westfalen – mit nur relativ wenigen anderen Kommunen - auf einer Lichtung in einem dunklen Wald stehen. Dass wir - im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen - gegenwärtig auf einer Lichtung und nicht in einem dunklen Wald stehen, hat mehrere Gründe.

Um in der Märchensprache der Brüder Grimm zu verbleiben, fallen vorrangig Sterntaler für das Haushaltsjahr 2013 vom Himmel

- in Form einer sehr starken Baulandvermarktung;
- in Form einer bislang kaum bekannten Stabilisierung der Gewerbesteuerereinnahmen auf hohem Niveau;
- in Form eines bislang noch nie da gewesenen Betrages der Einkommensteuer und
- in Form einer seit Jahren schon aktiv betriebenen Haushaltskonsolidierung.

Erstmals seit dem Jahr 2007 können wir Ihnen wieder einen Haushalt mit höheren Erträgen als Aufwendungen vorlegen. Und wenn Sie dann noch berücksichtigen, dass es im Jahr 2007 noch keinen NKF Haushalt gegeben hat, Abschreibungen und Rückstellungen in der kammeralen Haushaltsführung nicht vorkamen, für uns damals Fremdwörter waren, dann wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete, wie unser Haushalt 2013 im Vergleich zu vielen anderen Städten und Gemeinden einzustufen gilt.

Hinzu kommen könnten im Hinblick auf das Haushaltsjahr 2013 noch Sterntaler in Form von Abschlüssen neuer, verbesserter Konzessionsverträge als auch eine positive Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes NRW zu dem vom Land NRW seit 2011 zu Lasten des ländlichen Raumes vorgenommenen neuen Verteilungsschlüssel im Bereich der Schlüsselzuweisungen.

Wie Sie möglicherweise der Presse entnommen haben, stehen für eine erfolgreiche Verfassungsbeschwerde die Sterne am Himmel gut.

So hat das höchste Gericht, der Verfassungsgerichtshof des Landes Rheinland-Pfalz, in einer bemerkenswerten Entscheidung Mitte letzten Jahres entschieden, dass das Land sich für seine geringen Ausschüttungen gegenüber seinen Städten und Gemeinden nicht ausschließlich auf seine eigene hohe Verschuldung berufen kann, wenn es selbst durch Verzicht auf Einnahmen sich in diese Situation gebracht hat.

Diese Begründung des höchsten Gerichts des Landes Rheinland-Pfalz lässt deshalb für unsere Verfassungsklage Hoffnung aufkommen, weil der Verfassungsgerichtshof des Landes NRW, unter seinem ehemaligen Vorsitzenden, noch gerade die hohe Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalens als Mitgrund für eine nicht höhere Ausschüttung von Landesgeldern an die notleidenden Kommunen in einer Verfassungsklage der zehn Kommunen des Kreises Recklinghausen angeführt hatte.

In der mittlerweile von über 70 Kommunen eingelegten Verfassungsklage gegen das GFG 2011 und der von über 100 Kommunen gegen das GFG 2012 angestrebten Verfassungsklage wird der Verfassungsgerichtshof NRW unter seinem neuen Vorsitzenden - sich mit der Argumentation des Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz auseinander zu setzen haben.

Wie Sie wissen, um nur zwei Beispiele für mögliche Mehreinnahmen des Landes NRW zu nennen, verzichtet das Land - ohne eine Bewertung des Verzichts vornehmen zu wollen - auf Kindergartenbeiträge als auch auf Studiengebühren.

Eine weitere Entscheidung des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt lässt für unsere eingelegte Verfassungsklage ebenfalls Hoffnung aufkommen.

In einem aktuellen Urteil des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt vom 9.10.2012 wird ausgeführt, dass die pauschale Annahme, die steigende Einwohnerzahl ließe den Zuschussbedarf überproportional ansteigen, nicht ausreichend sei für die Begründung einer unterschiedlichen Gewichtung der Einwohner im Schlüsselzuweisungssystem.

Die Erwägung, die immer wieder zur Erklärung des mit steigender Einwohnerzahl überproportional ansteigenden Bedarfs angestellt werden und auf die sich der Landesgesetzgeber NRW zur Begründung der vorgenommenen sog. "Veredelung" seiner Bürger bislang immer wieder berufen hat, werden in dem Urteil des Verfassungsgerichts Sachsen-Anhalt deutlich als überholt dargestellt. So wird vom dortigen Landesverfassungsgericht deutlich gemacht, dass die von Popitz im Jahre 1932 zur Rechtfertigung dieser Annahme angestellten Überlegungen auf die heutigen Verhältnisse nicht mehr übertragbar sind und als Erklärungsversuche ausscheiden.

So behauptet Popitz noch, "im ländlichen Siedlungsraum bestehe kein Bedarf an gepflegten Wegen, weil diese nur dazu dienten, die Einwohnerschaft zu einer landwirtschaftlichen Arbeit zu führen, bei der sie ohnehin keine Anforderung auf Schutz gegen die Unbilden der Witterung zu stellen gewohnt sind". Auf der anderen Seite werde "in Großstädten oder in den Industriegemeinden an eine Straße der Anspruch gestellt, dass sie dem Einwohner in möglichst bequemer Form gestatte, die Entfernung zwischen seinem Wohnraum und der Arbeitsstätte zu

überwinden, und zwar so, dass auch bei schlechter Witterung keine zeitlichen Hemmungen und keine Nachteile entstehen".

In der Entwicklung sei so "aus dem Landweg, der zum Ackerland führt... die gepflasterte, planmäßig entwässerte, gereinigte und beleuchtete Straße der Stadt geworden" (Popitz, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Berlin 1932, S. 266, S. 208).

Das Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt hat in einer nicht zu überbietenden Klarheit dargelegt, dass seit vielen Jahren der Gesetzgeber sein Ermessen in einer Weise ausübt, die einwohnerstarke Städte zu Lasten der kleineren Städte und Gemeinden bevorzugt. Wörtlich heißt es in dem Urteil: „Die aus dem Jahr 1932 stammende Begründung sei auf die heutigen Verhältnisse nicht mehr anzuwenden.“

Gespannt sein dürfen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, ob nicht auch unser Verfassungsgerichtshof, der Verfassungsgerichtshof NRW, sich in unserer Verfassungsklage, der Argumentation des Verfassungsgerichtshofes Sachsen-Anhalt anschließen wird und die damit für das GFG 2013 vorgesehene Verteilung der Schlüsselzuweisungen pro Einwohner bei den kreisfreien Städten derzeit von 503 € in 2013 zu 282 € für Städte und Gemeinden im ländlichen Raum ad absurdum führen wird.

Warum ich, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete, so große Hoffnung auf eine erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen die Gesetze GFG 2011 und 2012 lege, liegt in der Tatsache begründet, dass die Stadt Lüdinghausen aufgrund des seit 2011 vorgenommenen neuen Verteilungsschlüssels durch den Landesgesetzgeber jährlich auf 3 bis 6 Millionen € zu Gunsten von Großstädten verzichten muss.

Der ein oder andere von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, um noch einmal auf das Märchen der Brüder Grimm zu sprechen zu kommen, wird es nicht bei der Lichtung belassen, auf der die Stadt derzeit finanzpolitisch steht, sondern auf den uns allen umgebenden dunklen Wald – nach wie vor - verweisen wollen. Hierzu zähle auch ich.

Uns geht es aufgrund eigener Anstrengungen zwar besser, aber noch lange nicht so gut wie dem Sterntaler der Gebrüder Grimm.

Mit dieser Auffassung befinden wir uns auch im Einklang mit unserer Bundeskanzlerin, die anlässlich ihrer Neujahrsansprache u. a. ausführte:

"...Und tatsächlich wird das wirtschaftliche Umfeld nächstes Jahr nicht einfacher, sondern schwieriger...". Sie fügte aber auch gleichzeitig hinzu:

"Das sollte uns jedoch nicht mutlos werden lassen, sondern - im Gegenteil - Ansporn sein."

Diesen Ansporn sollten wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, aus vielen von der Bürgerschaft in Bewegung gesetzten Rädern nehmen. Viele Räder drehen sich angesichts des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Stadt.

Mit gleich zwei Hotelprojekten unterschiedlicher Größenordnung gehen wir in dieses Jahr. Durch ihre Innenstadtlage werden von ihnen ebenso wichtige Impulse für die

Einkaufstadt Lüdinghausen ausgehen, wie vom geplanten Elektronikmarkt an der Konrad-Adenauer-Straße. Rund läuft es weiterhin in der Lüdinghauser Wirtschaft. Besonders erfreulich ist, dass einige Lüdinghauser Unternehmen sich derart gut entwickeln, dass sie sich am Standort Lüdinghausen erweitern.

Mit der Zahl 6757 sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer am Arbeitsort Lüdinghausen haben wir im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand erreicht. Mit über 200 neuen Arbeitsplätzen innerhalb eines Jahres und einer Steigerung von über 14 % innerhalb der letzten zehn Jahre spielen wir, um es in der Fußballsprache auszudrücken, in der Champions League ganz oben mit. Mit einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 3,1 % können wir auf die geringste Arbeitslosenquote in unserem Land mit verweisen.

Daran, dass es so bleibt, daran sollten wir auch in Zukunft ein großes Interesse behalten. Daran sollten wir auch für unsere Zukunft weiter arbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete,

was steht nun im Haushaltsentwurf des Jahres 2013? Gespannt werden Sie sicher auf dieses Ergebnis gewartet haben, dass ich Ihnen bereits zu Beginn meiner Haushaltsrede wage angedeutet habe.

Der Ihnen nunmehr zu gehende Haushalt für 2013 weist erstmals in der Geschichte des NKF's der Stadt Lüdinghausen einen Überschuss aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordnete,

der Entwurf der Haushaltssatzung 2013 mit seinen Anlagen wird Ihnen hiermit gemäß § 80 Abs. 2 GO NRW zugeleitet. Der Gesamtergebnisplan - wie ich Ihnen bereits mitgeteilt habe, weist ein positives Jahresergebnis in Höhe von 184.000 € aus.

Nach vorläufigen Ermittlungen belaufen sich die Abschreibungen, die als Aufwand abzubilden sind, auf 5 Mill. €. Dem gegenüber stehen auf der Ertragsseite die Sonderposten in Höhe von 3,2 Mill. €. Bei den Sonderposten handelt es sich um Zuweisungen und Beiträge für Investitionsmaßnahmen. Sie sind als eigenkapitalähnlich einzustufen und wie die Investitionsmaßnahmen selbst, über deren Nutzungsdauer aufzulösen und als Erträge zu verbuchen. Die Sonderposten mindern damit den Abschreibungsaufwand. Der "Nettoaufwand" aus Abschreibungen und Sonderposten beträgt für 2013 demnach 1.771.000 €.

Dieser "Nettoaufwand" aus Abschreibungen in vorgenannter Größenordnung ist auch von zukünftigen Haushalten zusätzlich zu erwirtschaften.

Die Ausgleichsrücklage der Stadt Lüdinghausen beträgt derzeit rund 8,2 Mill. €. Sie braucht in 2013 - aufgrund der zuvor dargelegten positiven Prognosen - nicht in Anspruch genommen werden.

Verehrte Anwesende,
grundsätzlich erfreulich ist die Entwicklung bei der Gewerbesteuer zu bezeichnen. Nach dem Einbruch und historischem Tief im Jahr 2005 haben die Gewerbesteuern in Lüdinghausen entgegen dem Trend in der Bundesrepublik sich stabilisiert und bilden seit diesem Zeitpunkt eine verlässliche Einkommensquelle. Mit 10 Mill. € ist sie in den Haushaltsentwurf 2013 eingestellt.

Erfreulich entwickelt sich auch der Anteil an der Einkommensteuer. Hier macht sich die geringe Zahl der Arbeitslosen in unserer Stadt bemerkbar. Am 31. 12. 2012 belief sie sich auf lediglich 3,1 %. Bei dieser Zahl kann man fast von einer Vollbeschäftigung sprechen. Nach der Regionalisierung der November- Steuerschätzung des Städte- und Gemeindebundes können wir in 2013 mit einer Summe von rund 9,25 Mill. € rechnen. Somit werden aufgrund der konjunkturellen Einflüsse gegenüber dem Planansatz 2012 rund 0,85 Mill. € mehr vom Land erwartet.

Auf drei weitere wesentliche Haushaltspositionen möchte ich noch besonders eingehen:

1.) Kreisumlage

Die Kreisumlage stellt mit 12.431.000 € die mit Abstand größte Ausgabenposition im städtischen Haushalt dar. Gegenüber dem Jahr 2012 sind jedoch über ca. 670.000 € weniger an den Kreis abzuführen.

Der Ansatz im städtischen Haushalt berücksichtigt eine Erhöhung des allgemeinen Hebesatzes der Kreisumlage um 1,41 Prozentpunkte. Daraus ergibt sich gegenüber dem Haushaltsansatz des Vorjahres eine Erhöhung um rund 306.000 €, bezogen auf die allgemeine Kreisumlage.

Bei der Kreisumlage - / - Mehrbelastung Jugendamt - ist für 2013 eine Minderung um 4,1 Prozentpunkte vorgesehen. Die Minderung der Jugendamtsumlage beträgt damit rund 977.000 €. Diese Minderung im Bereich der Jugendamtsumlage liegt ausschließlich darin begründet, dass der Kreis im vergangenen Jahr von seinen neun Jugendamtskommunen über 2 Mill. € zu viel eingenommen hatte und diese über 2 Mill. € im Jahr 2013 jetzt zur Anrechnung kommen. Für diese Entwicklung mag es aus Sicht des Kreises berechtigte Gründe geben, nur sie helfen uns nicht weiter, weil die Stadt letztendlich für die Zahlungen aufzukommen hat.

Der Anteil der Kreisumlage an den Gesamtaufwendungen des Haushalts 2013 beträgt rund 29 %. Rein rechnerisch bleibt festzuhalten, dass trotz der Verringerung – nach wie vor - fast drei von zehn € an den Kreis abzuführen sind.

2.) Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale

Die Höhe der Schlüsselzuweisungen beträgt 2.589.000 €. Das ist gegenüber 2012 ein Zugang von 698.000 €. Gegenüber 2010 ist es aber schon aufgrund der weiteren Umstrukturierung im GFG 2013 ein Rückgang von - sage und schreibe - 5.544.000 €, die der Stadt Lüdinghausen in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Schlüsselzuweisungen Durchschnitt 2008 - 2010:	6.474.110 €
Schlüsselzuweisungen Durchschnitt 2011 - 2013:	2.250.234 €
Durchschnittlicher jährlicher Rückgang:	-4.223.877 €
	(-65 %)

An Investitionspauschale nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz erhält die Stadt 1.092.000 €, das sind rund 69.200 € mehr als im Vorjahr.

3.) Schul- und Sportpauschale

Die Schulpauschale von 743.500 € liegt um 10.900 € unter dem Ansatz des Vorjahres. Die Sportpauschale in Höhe von 65.600 € ist gegenüber dem Vorjahr in etwa unverändert geblieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete, in den Haushaltsreden vergangener Jahre habe ich an dieser Stelle über die Entwicklung des Budgets "Zentrale Finanzwirtschaft" berichtet. Nach den Regeln des neuen Haushaltsrechts verteilt sich diese Position nunmehr auf vier Produkte bzw. Teilergebnispläne.

Diese vier Teilergebnispläne ("Zentrale Finanzwirtschaft", "Steuern und Gebühren", "Allgemeine Zuweisungen und Umlagen" und "Finanzierungs- und Liquiditäts-Management") bilden nun die Finanzierungsbudgets des Ergebnisplanes. Der Produktbereich 16. "Allgemeine Finanzwirtschaft". Der ist für die Finanzierung des Gesamthaushalts von wesentlicher Bedeutung. Er schließt insgesamt mit einem Überschuss von rund 14.207.000 € ab. Im Vorjahr waren es 1,81 Mill. € weniger.

Ich möchte Ihnen, bezogen auf einzelne Positionen, größere Veränderungen gegenüber dem Vorjahr nennen:

Bei den Erträgen:

- ein Minus von 57.000 € Eigenkapitalverzinsung (Abwasserwerk)
- ein Gleichstand bei der Gewerbesteuer
- ein Plus von 850.000 € beim Anteil an der Einkommensteuer
- ein Plus von 32.000 € beim Anteil an der Umsatzsteuer
- ein Plus von 698.000 € bei den Schlüsselzuweisungen
- ein Minus von 485.000 € bei der einmaligen Abmilderungshilfe für 2012
- ein Plus von 105.000 € bei den Kompensationsleistungen

Bei den Aufwendungen

- ein Weniger von 670.000 € bei der Kreisumlage

Sucht man, verehrte Stadtverordnete nach einer Leitidee für den Haushalt 2013, so trägt die Leitidee auch in diesem Jahr die Überschrift:

Kinder-Bildung-Stadtentwicklung.

Wir haben in den letzten Jahren viel in Einrichtungen für unsere Kinder investiert. Denken wir nur beispielhaft an unser St.-Antonius-Gymnasium, an unsere Marienschule, an unsere Haupt- und Realschule als auch an unsere Kindergärten, denen wir allein in den beiden letzten Jahren finanziell viel Gutes haben zukommen lassen. Dies wird sich im Jahr 2013 für die Kindergärten und für den Schulbereich fortsetzen. Die Weiterentwicklung der hiesigen Kinder- und Schullandschaft war, ist und wird eine Daueraufgabe von uns bleiben.

"Denn Bildung ist der Pass für die Zukunft. Das Morgen gehört denen, die sich heute darauf vorbereiten." (Malcolm X).

Um es ganz deutlich und klar auszudrücken: Zur Schullandschaft zähle ich ausdrücklich auch unsere Musikschule. Denn Musik ist eine Sprache, die alle Menschen auf der Welt verstehen. Daher ist es ein "Muss", Musik, aber auch Kunst und Kultur, in das Curriculum für Kinder aufzunehmen. Wo sonst, als in den Kindergärten und Schulen, können junge Menschen diese verbindende Kraft der Musik besser spüren? Wo sonst können sie Dank der Musik Werte wie Gemeinschaft und Toleranz, Disziplin und Zuhören erfahren? Die Integration von Musik in allen Formen des Unterrichts ist dabei nicht nur Teil eines zeitgemäßen Lehrplans - sie ist Voraussetzung für eine moderne Schulentwicklung in einer mittlerweile globalisierten Welt.

Und zu dieser moderne Schulentwicklung, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete, gehört ein eigenes Musikschulgebäude, um unsere allseits anerkannte Musikschule auch eine eigene Identität weiter geben zu können. Denn der Musikschulkreis Lüdinghausen leistet schon über viele Jahrzehnte mit viel Energie und Kreativität einen wichtigen Beitrag zur ganzheitlichen Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen. Die Sanierung des Musikschulgebäudes Schloss Westerholt ist deshalb kein Luxus, sondern eine Daseinsvorsorge für die Zukunft unserer Stadtgesellschaft.

Wir haben deshalb für die nächsten beiden Haushaltsjahre 2013 und 2014 zur Sanierung des Hauses Westerholt einen Ansatz von 1,2 Mill. € in den Haushalt aufgenommen. Mit diesem Betrag kann leider die von einigen Verantwortlichen des Fördervereins der Musikschule vorgesehene große Lösung gegenwärtig nicht realisiert werden. Für die Zukunft ist sie aber auch nicht ausgeschlossen. Für die Proben des Musikschulorchesters werden bis dahin andere Ausweichmöglichkeiten zu suchen sein, wie etwa die Aula des Canisianum oder das Ostwallschulgebäude.

Der Haushaltsplanentwurf des Jahres 2013 sieht ebenfalls einen Ansatz von 300.000 € zur Sanierung des Gebäudes Borg 4 vor. Der Verein Lüdinghausen Marketing wird Ende 2013 sein Domizil im Gebäude Borg 11 verlassen müssen. Als Alternativstandort bietet sich der Eingangsbereich Borg/Amtshaus an. Durch die angedachte Sanierung erfährt das Umfeld der Straße Borg eine weitere Aufwertung. Zusätzlich kann die Stadt, für einen bislang der Lage nach nicht adäquat genutztes städtisches Gebäude in Zukunft Einnahmen erzielen.

Verehrte Stadtverordnete,

auf einen Vergleich und auf Erläuterung einzelner Ausgabenblöcke des nunmehr vorliegenden Haushaltsentwurfes möchte ich verzichten. Bei den Beratungen in den zuständigen Ausschüssen wird näher darauf einzugehen sein.

Die geplanten Investitionsmaßnahmen werden auch in diesem Jahr geprägt sein an die hohen Erwartungen an eine erfolgreiche Kinder-, Jugend-, Familien-, Sport- und Bildungspolitik. Mit diesen Investitionen in die Zukunft belegen wir eindrucksvoll, dass wir uns zu Recht als „Stadt der Familie, als Stadt der Bildung, als Stadt der Kultur und als Stadt des Sports“ verstehen.

Um dies nach außen auch deutlich zu dokumentieren sieht der Haushaltsentwurf erstmals Mittel zur Zertifizierung als familienfreundliche Stadt als auch die Ehrung von Sportlerinnen und Sportlern durch einen Sport-Medien-Ball vor.

Der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten für alle anderen Maßnahmen im Haushalt beläuft sich nach dem Haushaltsplanentwurf für 2013 auf 9.240.800 €.

Der Gesamtbetrag der Einzahlung aus Investitionstätigkeit beläuft sich in 2013 auf 9.204.400 €.

Verehrte Stadtverordnete, das positive Saldo von 36.400 € bedeutet erfreulicherweise, dass keine neuen Kredite in diesem Jahr zur Finanzierung aufgenommen werden müssen, sondern der Kurs der weiteren Entschuldung fortgesetzt werden kann. Durch den Rückkauf des Rathauses im letzten Jahr können die Leasingfinanzierungsraten 2013 auf Null gesetzt werden. Tafelsilber konnte zurück erworben werden. Im Allgemeinen Haushalt ist eine planmäßige Tilgung von 622.500 € in diesem Jahr vorgesehen. Der Kredit für den Kernhaushalt wird sich Ende 2013 dann von 7.382.000 € auf 6.760.000 € reduziert haben.

Als Folge keiner neuen Kreditaufnahmen bei der Stadt Lüdinghausen können die Zinsausgaben im Jahr 2013 um 35.000 € gesenkt werden.

Der positive Kassenstand, der sich aus den Abschlüssen der Vorjahre ergeben hat, versetzt die Stadt in die Lage, die Investitionen ohne die Aufnahme von Krediten zu finanzieren, womit die Verschuldung der Stadt weiter gesenkt wird. Der Weg des Schuldenabbaus wird konsequent verfolgt. Im Gegensatz zum Bund und zum Land NRW hat die Stadt Lüdinghausen seit mittlerweile acht Jahren - bei außer Achtlassung der Umschichtung von Leasingraten in ein Darlehen - keine neuen Kredite mehr aufgenommen. Nach Aussagen des Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Westmünsterland sind allein im Jahr 2012 von Städten und Gemeinden des Münsterlandes 110 Mill. € an Krediten aufgenommen worden.

Im Vergleich zu anderen Kommunen hat Lüdinghausen weiterhin einen sehr niedrigen Kapitaldienst. Ein großer Beitrag zur weiteren gemeinsam beschlossenen Haushaltskonsolidierung.

Verehrte Anwesende,
ich hoffe, dass wir bei der Auswahl der Maßnahmen 2013 auch in Ihrem Sinne - den richtigen Weg eingeschlagen haben. Die Investitionsmaßnahmen, die wir Ihnen für dieses Jahr vorschlagen möchten, entnehmen Sie bitte dem vorliegenden Haushaltsplan.

Eine Zusammenstellung der Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von mehr als 30.000 € finden Sie auch im Vorbericht.

Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle für 2013

Name	Ansatz 2013	Finanzplan 2014
Höckenkamp-Süd Planstr. A-J	-1.218.500	0
Freigrafenweg Endausbau (Paterkamp-Südost)	-761.500	0
Rüstwagen	-430.000	0
Radweg Ostenstever	-332.000	0
Carl-Benz-Straße, Endausbau	-312.000	0
Borg 4 - Umnutzung / Neubau	-300.000	0
Brücke Schulze-Delitzsch-Str.	-242.000	0
Alter Sportplatz Seppenr. Planstr. A-G	-219.500	0
Umgestaltung Schulhof / Entwässerung	-205.000	0
Lärmschutzwall B-Plangebiet Alter Sportplatz	-200.000	0
Wirtschaftsweg Aldenhövel	-182.000	0
Kernsanierung Schloss Westerholt	-400.000	800.000
Höckenkamp-Süd Grabenherst. Drainagevorflut	-140.000	0
RW-Kanal An den Eichen	-121.000	0
Alter Reitplatz Seppenr., Lärmschutzwand	-120.000	0
Umgestaltung Busbahnhof	-120.000	-35.000
Friedrich-Krupp-Straße Endausbau	-107.000	0
RW-Kanal Jahnstraße	-99.000	0

Bezogen auf das Klutenseebad wird das Jahr 2013 zeigen müssen, ob wir noch eine einvernehmliche Lösung mit dem Generalunternehmer hin bekommen oder ob wir den Gerichtsweg werden beschreiten müssen. Für Gerichts- und Gutachterkosten haben wir vorsorglich ein Betrag von 210.000 € im Haushalt angemeldet. Um es mit den Worten unserer Bundeskanzlerin in ihrer Neujahrsansprache auszudrücken: "Wir brauchen

weiterhin Geduld mit unserem Bad". Erfreulich ist, dass unser „Klutenseebad“ im Sauna- und Fitnessbereich schon seit längerer Zeit schwarze Zahlen schreibt.

Einen besonderen Stellenwert haben sicherlich auch die Planungen im Zusammenhang mit der Errichtung einer Leistungssporthalle. Das zuständige Sportministerium hat mit einem Schreiben Ende letzten Jahres die grundsätzliche Förderung der Leistungssporthalle anerkannt. Eine Förderzusage sei in diesem Jahr aufgrund fehlender Landesmittel aber nicht mehr möglich. Folge dieser Aussage ist für die Stadt Lüdinghausen, dass wir die Finanzierung der Leistungssporthalle in die mittelfristige Finanzplanung mit aufgenommen haben. Denn ein starker Sport macht Städte und Gemeinden zu Orten mit hoher Lebensqualität. Über den reinen Sportbetrieb hinaus ist der organisierte Leistungssport auch Partner der Städte und Gemeinden in wichtigen gesellschaftspolitischen Handlungsfeldern, wie etwa in den Bereichen Ganztagsschule, Integration sowie Gesundheit- und Gewaltprävention. Auch für die Leistungssporthalle trifft der Satz unserer Bundeskanzlerin zu: „Wir brauchen weiterhin Geduld.“

Meine sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordneten, der Haushalt 2013 und die Finanzen und Investitionsplanung bis 2016 sind unter Berücksichtigung der heute erhältlichen Daten aufgestellt worden.

Die Entwicklung der Kommunalfinanzen hat besonders in den letzten Jahren immer wieder Überraschungen gebracht, so dass Zahlen von heute bereits morgen schon wieder Makulatur waren. Es bleibt zu hoffen, dass der Bund und das Land verlässlicher und berechenbarer Partner werden, die den Städten und Gemeinden bei ihren Finanzentscheidungen die "Luft zum Atmen" nicht gänzlich nehmen. Die Zukunft entsteht nicht nur beim Bund, beim Land oder beim Kreis. Zukunft entsteht vor der Haustür. Zukunft entsteht bei den Kommunen. Zukunft entsteht hier! Die Zukunft der Menschheit liegt in den Städten von morgen und es wird nur mit heilen Städten eine hoffnungsvolle Zukunft geben.

Machen wir uns nichts vor. Grimms Sterntaler kamen im Überfluss. Unendliche Sterne fielen vom Himmel und wurden zu Talern. Doch für die Kommunen sind sie endlich und müssen zudem unter vielen aufgeteilt werden.

Die deshalb von vielen Städten und Gemeinden vorgenommenen Bemühungen zur Konsolidierung ihrer städtischen Haushalte sollten vom Land und dem Bund nicht zum Anlass genommen werden, den Städten und Gemeinden immer neue Aufgaben zu übertragen, ohne für die entsprechenden Gegenfinanzierungen gesorgt zu haben.

Das verfassungsmäßig verankerte Konnexitätsprinzip: "wer bestellt, der bezahlt!" sollten Bund und Land sehr ernst nehmen.

So haben in einem bislang einmaligen Appell die Vereinigung der Lehrer in Nordrhein-Westfalen und die kommunalen Spitzenverbände die Landespolitik aufgefordert höhere und hinreichende Finanzmittel für das Generationenprojekt Inklusion bereit zu stellen. Das Land muss die Konnexität anerkennen und damit den Kommunen die zusätzlichen Kosten durch das Gesetz erstatten. Hierzu ist das Land bislang nicht bereit.

In den Haushaltsjahren 2013 und 2016 decken nach derzeitigem Stand, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Einzahlungen die Auszahlungen, so dass zum Ausgleich keine Mittel der Ausgleichsrücklagen in Anspruch genommen werden müssen. In Bezug auf die mittelfristige Finanzplanung ebenfalls eine sehr erfreuliche Botschaft.

Das Investitionsvolumen im Investitionszeitraum 2014 - 2016 erreicht über 15,5 Million €. Das zeigt, dass wir auch in den nächsten Jahren in unsere Zukunft investieren, unsere Stadt weiter aus- und umbauen werden und mit diesen Schritten eindrucksvoll belegen, dass wir weiter an die Zukunft unserer Stadt glauben. Damit folgen wir einer Aussage Theodor Fontanes, der einmal gesagt hat: "Eine richtige Sparsamkeit vergisst nie, dass nicht immer gespart werden kann."

Hauptschwerpunkt des mittelfristigen Investitionsvolumens werden weiterhin die Kindergärten, die Schulen, der Sporthallenbau als auch Investitionen in den Straßenbau und unserer Sicherheit sein. So sieht alleine der Investitionsplan für 2014

Name	Finanzplan	Finanzplan	Finanzplan
	2014	2015	2016
Kernsanierung Schloss Westerholt	-800.000	0	0
Endausbau Baugebiet Kastanien-Allee-West	-788.000	0	0
Erneuerung Neustraße	-389.000	0	0
Kranichholz (Straße), Endausbau	-216.000	0	0
Struckstraße, Fahrbahnerneuerung	-215.000	0	0
Tanklöschfahrzeug LF10/6	-180.000	0	0
GE Adam-Stegerwald-Str. Endausbau, III. BA	-174.000	0	0
Am Deibaum Fahrbahnerneuerung	-97.000	0	0
Heinrich-Hertz-Str. Endausbau	-25.000	-427.000	0
GE Ascheberger Straße / Ludwig-Erhard-Straße	-15.000	-420.000	0
GE Ascheberger Straße / Wilhelm-Haas-Straße	-6.000	-175.000	0
GE Ascheberger Straße / Schulze-Delitzsch-Straße	-5.000	0	-121.000
GE Ascheberger Straße / Victor-Huber-Straße	-5.000	0	-141.000
Neubau Spielplatz Alter Sportplatz	-2.000	-58.000	0
Leistungssporthalle	0	-2.725.000	-4.411.000

vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete, es gäbe noch viel zu sagen, vieles, was auch wert wäre, ausführlich dargestellt zu werden. Ein Blick auf die Uhr verrät mir jedoch, dass ich Ihnen heute am 24. Januar

2013 zu Beginn des Jahres schon viel zugemutet habe. Für Ihr Zuhören, aber auch für Ihre Geduld bedanke ich mich. Dank sagen möchte ich allen, die am Zustandekommen dieses Etatentwurfs beteiligt waren, besonders bei Ihnen Herr Tuschmann und Ihrer Mannschaft. Darüber hinaus möchte ich die Gelegenheit nutzen Dank zu sagen an meine Stellvertreterin, an alle Fachbereichsleiter und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Besonders möchte ich aber an zwei Personen meinen Dank richten, die im vergangenen Jahr – und einer bis heute noch, die kommissarische Leitung von zwei Fachbereichen übernommen hatten bzw. noch übernehmen, Frau Trudwig für den ausgeschiedenen Herrn Gantefort und Herr Hölscher für den bis heute leider noch erkrankten Herrn Auffenberg. Von dieser Stelle aus die herzlichsten Genesungswünsche. Auch Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordneten, möchte ich Dank sagen, für eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Eine Zusammenarbeit über Fraktion- und Parteigrenzen hinaus. Heutzutage sicherlich keine Selbstverständlichkeit.

Sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordneten,

zu Beginn meiner Haushaltsrede habe ich Bezug genommen auf die diesjährige Neujahrsansprache unserer Bundeskanzlerin. Dies möchte ich auch für das Ende meiner Haushaltsrede tun.

Unsere Bundeskanzlerin hat anlässlich ihrer diesjährige Neujahrsansprache Adolf Kolping zitiert:

"Wer Mut zeigt, macht Mut." Wörtlich führt sie weiter aus: "Am Anfang sind es oft nur wenige, die voraus gehen, einen Stein ins Rollen bringen und Veränderung möglich machen."

Das was unsere Bundeskanzlerin für ihre Bundesbürger ausführt, gilt auch für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Auch bei uns gibt es viele Mutige und Hilfsbereite. Es sind Freunde und Nachbarn, die Initiative ergreifen oder einen Missstand beheben. Es sind die, die sich Tag für Tag liebevoll um ihre Kinder und um ihre Angehörigen kümmern. Es sind Gewerkschaftler und Unternehmer, die gemeinsam für die Sicherheit der Arbeitsplätze arbeiten. Sie und viele mehr machen unsere Stadt menschlich und erfolgreich."

Zeigen auch wir, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordneten, um den Worten des Sozialreformers Adolf Kolping und unsere Bundeskanzlerin zu folgen, Mut im Jahr 2013. Dann macht unser Stadtrat auch Mut! Denken Sie, verehrte Stadtverordnete, immer daran, Sie sind die ersten Botschafter unserer Stadt nach außen.

Begeben wir uns zuversichtlich nunmehr in die Haushaltsplanberatungen. Lassen Sie uns gemeinsam das 13. Jahr im neuen Jahrtausend zu einem Jahr werden, in dem wir einmal mehr unsere größten Stärken unter Beweis stellen: unseren Zusammenhalt, unsere Fähigkeit für immer neuen Ideen, die uns wirtschaftliche Kraft gibt. Dann bleibt Lüdinghausen auch in Zukunft menschlich und erfolgreich.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf Ziel führende Beratungen mit Ihnen.